

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Algem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Preis: 10 Pf. wöchentlich, 30 Pf. monatlich, 1.00 M. vierteljährlich, 3.50 M. halbjährlich, 7.00 M. jährlich. Einzelnummern 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge von Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatzlieferung. Die einseitige Jolle oder deren Raum 10 Pf., die Restameile 45 Pf.

Altensteig, Freitag den 25. November 1932 55. Jahrgang

Sindenburgs Antwort an Hitler

Hitlers Gegenvorschlag abgelehnt — Der Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler

Hitlers Gegenvorschlag abgelehnt

Berlin, 24. Nov. In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müßte, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würden, die herbeigeführt zu haben der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und vor seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel, der im Wortlaut veröffentlicht werden wird.

Der Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler

Berlin, 24. Nov. In der Unterredung, die am Samstag, den 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stünde. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Besprechungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werden. Daher fühle sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen. Bei seiner zweiten Befragung am Montag, den 21. November, vormittags, übergab der Herr Reichspräsident daher Herrn Adolf Hitler die folgende formulierte Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts vertritt. Ich verstehe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb erlaube ich Sie als den Führer der stärksten Partei festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden. Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstag abend.“

Die bekannten Voraussetzungen für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung wurden Herrn Hitler schriftlich formuliert übergeben.

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms — keine Wiederkehr des Dualismus Reich-Preußen —, keine Einschränkung des Artikels 48.

2. Persönlich: behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Befehle des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als Vertreter des Reiches und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Same meiner persönlichen Entscheidung.“

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

Hitlers Rückfragen

In einem Schreiben an den Staatssekretär Dr. Meißner vom gleichen Tage stellte Herr Hitler einige Rückfragen. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

Sehr verehrter Herr Staatssekretär! Erfüllt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchprüfung des mir heute vom Herrn Reichspräsidenten zugestellten Auftrags vorgenommen. Nach eingehenden Ausprüfungen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke des mir gewordenen Auftrages einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unüberwindlichen Widerspruch. Ehe ich dazu Stellung nehme und davon meine endgültige Entscheidung abhängig mache, darf ich Sie bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten festzustellen und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in welchem Maße im Auge hat. Schwebt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßig nötigen parlamentarischen Tolerierung, oder will Seine Erzáhler ein parlamentarisches Kabinett mit Vorbehalten und Einschränkungen der mit bekanntgegebenen Art, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit versprochen werden können. Hinzuzufügen möchte ich noch, daß Reichskanzler Brüning einer der parteipolitischen Führer des Zentrums war und geblieben ist und dennoch in seinem zweiten Kabinett Präsidialkanzler wurde. Ich selbst habe mich nicht als „Parteilicher“ gefühlt, sondern einfach als Deutscher, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen, gründete und organisierte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus lebt und wirksam wird. Daß wir in die Parlamente gingen, hat seinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwang, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bewahrt von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
(gez.) Adolf Hitler.

Dr. Meißners Beantwortung der Rückfragen von Adolf Hitler

Staatssekretär Dr. Meißner beantwortete am Dienstag, den 22. November, die Fragen des Führers der NSDAP, Adolf Hitler:

Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung in folgenden Merkmalen:

1. Das Präsidialkabinett — aus der Not der Zeit und dem Verlangen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmassnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es bezieht seine Machtvollkommenheit also in erster Linie vom Reichspräsidenten und braucht die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanctionieren oder Tolerieren dieser Maßnahmen. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.

2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zusammengesetzt sein und ein vom Reichspräsidenten gutgeheißenes, überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheits- oder Koalitionsbildung in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur unmittelbaren Einfluß hat. Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer die Ausschließlichkeit seiner Bewegung fordernden Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.

3. Reichskanzler Brüning hat bei seiner ersten Berufung ein ausgesprochen parlamentarisches, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett verandelt hat, als der Reichstag bei der Gesetzgebung versagte, und Herr Brüning sich das Vertrauen des Reichspräsidenten in weitestem Maße erworben hat. Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln.

4. Das Kabinett Papen war ein reines Präsidialkabinett das nur zurückgetreten ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Bestätigung oder zur Duldung seiner Maßnahmen nicht finden konnte. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diesen Mangel beseitigen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Papen besäße.

5. Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handeln. Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Versuch entschlossen, nachdem keine Besprechungen mit den Parteiführern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstag für ein von Ihnen geführtes Kabinett ergeben und Sie selbst in der Besprechung am 19. November die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen gebildete Regierung und für ein dieser zu erteilendes Ermächtigungsgesetz des Reichstages für aussichtsreich gehalten haben.

Die von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten „Voraussetzungen“ für eine solche Regierungsbildung stehen mit einer parlamentarischen Lösung nicht im Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in Feststellung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von ihm stets ausgeübten Staatspraxis bisher jedem Kabinett grundsätzliche Forderungen aufzuerlegt. Im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß gegen diese Forderungen grundsätzliche Widersprüche nicht bestehen. Falls indessen eine der Ihnen bekanntgegebenen Voraussetzungen des Herrn Reichspräsidenten für die Regierungsbildung sich als entscheidendes Hindernis zur Erreichung einer sicheren Mehrheit erweisen sollten, so würde das Gegenstand der erbetenen Berichterstattung über den Verlauf Ihrer Feststellungen sein.“

Hitlers Gegenvorschlag

Auf dieses Schreiben antwortete Adolf Hitler am 23. November mit der ausführlichen umfangreichen Ablehnung der Bildung einer parlamentarischen Regierung und machte folgenden Gegenvorschlag:

1. Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.

2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen vierundzwanzig Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Scheffer, für das Reichsaußenministerium Freiherrn von Neuwath vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident ernennt mich darauf zum Reichskanzler und bekräftigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck alle Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie versagt worden sind.

6. Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich anspornen will für die Rettung unseres Vaterlandes.

Abfrage an Hitler

Am 24. November erwiderte Staatssekretär Meißner Herrn Hitler folgendes:

Auf Ihr gestriges Schreiben beehrte ich mich, Ihnen im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

1. Der Herr Reichspräsident nimmt Ihre Antwort zur Kenntnis, daß Sie den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht für aussichtsreich halten und deshalb den Ihnen erteilten Auftrag zurückgeben. Zu der von Ihnen für diese Ablehnung gegebenen Begründung läßt der Herr Reichspräsident bemerken, daß er gerade nach den Ausführungen der Führer des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, aber auch nach Ihren eigenen Ausführungen in der Besprechung vom 19. November im Gegenteil annehmen mußte, daß eine Mehrheitsbildung im Reichstag möglich war. Einen „Innen- und Widerpruch“ in seinem Auftrag vermag der Herr Reichspräsident um so weniger anzuerkennen, als in meinem Schreiben vom 22. November ausdrücklich auf die Möglichkeit einer weiteren Rückfrage hingewiesen war.

2. Der Herr Reichspräsident dankt Ihnen, sehr verehrter Herr Hitler, für Ihre Bereitwilligkeit, die Führung eines Präsidialkabinetts zu übernehmen. (Dann folgt die bekannt amtliche Meldung über die Antwort des Reichspräsidenten.)

3. Nachdem Sie zum lebhaftesten Bedauern des Herrn Reichspräsidenten sowohl in den bisherigen Besprechungen mit ihm als auch in Ihrer gestrigen, mit meinem Wissen geführten Unter-



haltung mit dem Herrn Reichswehrminister General v. Schleicher jede andere Art der Mitarbeit innerhalb oder außerhalb einer neu zu bildenden Regierung — gleichgültig, unter welcher Führung diese Regierung auch stehen möge — mit aller Entschiedenheit abgelehnt haben, verspricht sich der Herr Reichspräsident von weiteren schriftlichen oder mündlichen Erörterungen über diese Frage keinen Erfolg.

Anschließend hieran wiederholt der Herr Reichspräsident aber seine Ihnen in der letzten Besprechung am Montag abgegebene Erklärung, daß seine Tür jederzeit für Sie offen stehe und wird immer bereit sein, Ihre Auffassung zu den schwebenden Fragen anzuhören; denn er will die Hoffnung nicht aufgeben, daß es auf diesem Wege mit der Zeit doch noch gelingen werde, Sie und Ihre Bewegung zur Zusammenarbeit mit allen anderen aufbauwilligen Kräften der Nation zu gewinnen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich sehr verehrter Herr Hitler, Ihr sehr ergebener

(gez.) Dr. Meißner.

Hitlers letztes Schreiben

Hitler hat am Donnerstag nachmittag an Staatssekretär Dr. Meißner folgendes Schreiben gerichtet:

Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlages zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten, sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Forderung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volkserziehung betont und ausdrücklich verkehrt, nur unter solchen gleichmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur keine Parteibildung verlangt, sondern war, wie im August dieses Jahres, so auch jetzt, bereit, mit allen anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen mußten erfolgreich bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten.

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerer Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine aufbaufähige Kraft zu sehen, und ich habe ja auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Mißerfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich mit meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weitergehenden Verelendung entgegengeführt wurden.

Im übrigen bitte ich Seiner Erzellenz, dem Herrn Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener
(gez.) Adolf Hitler.

Briefwechsel Papen — Hitler

Berlin, 24. November. Im Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Dokumente über das Auftragsangebot des Reichspräsidenten an Hitler wird von nationalsozialistischer Seite ein Schriftwechsel vom 13.—16. November bekanntgegeben, der zwischen dem Reichsführer von Papen und Adolf Hitler stattgefunden hat. Ausgehend von der Feststellung, daß Hitler die Betrauung Papens jederzeit begrüßt und Unterstützung des Kabinetts zugesagt habe, läßt der Reichsführer in einem Schreiben den Führer der NSDAP zu einer Besprechung ein, die der Feststellung gilt, ob eine Parteibildung für das politische und wirtschaftliche Programm der Reichsregierung erhätlich sei, wobei die Bitternis des Wahlkampfes aus patriotischen Gründen vergessen werden müsse. Hitler beantwortete diese Frage in einem ausführlichen Schreiben ablehnend und verwies auf den schriftlichen Weg, indem er bekannte Vorwürfe wegen des Vorgehens der Reichsregierung am 13. August wiederholt und die Unterstützung von inneren, äußeren und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ablehnt, wie sie bisher vom Kabinett Papen, nach seiner Ansicht erfolglos, betrieben worden seien.

In einem weiteren Schreiben an den Reichspräsidenten, das Hitler bei seinem ersten Empfang überreicht hat, werden die antiparlamentarischen Grundzüge der NSDAP, unterstrichen, zugleich aber festgestellt, daß eine neue Staatsführung „einen verhältnismäßig zulässigen Ausgangspunkt finden und in einer angemessenen kurzen Zeit zum wirklichen Willensträger der Nation werden“ müsse. Es wird eine „rettungslose Forderung des Kabinetts Papen“ und ein rasches Fortwärtsschreiten der Bolschewisierung der breiten Massen behauptet, und die Übertragung derjenigen Stellung für Hitler und seine Partei gefordert, die zur Erfüllung der Aufgabe nötig sei und der Bewegung nach ihrer Stärke zusomme. Hitler fordert deshalb „zum mindesten das an Autorität und Stellung, was selbst die Männer vor ihm erhalten hätten“. Zum Schluß bittet Hitler, von einem Versuch zur Lösung der Krise im Wege „rein parlamentarischer Regierungsformen“ abzusehen.

Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg

Berlin, 24. November. Die Pressestelle der NSDAP teilt mit: Nach vielen Monaten hat neben Besprechungen mit den Führern anderer Parteien heute auch wieder eine Besprechung Adolf Hitlers mit dem Führer der Deutsch-nationalen Volkspartei, Geh. Rat Hugenberg, stattgefunden.

Pressekonferenz beim Reichstagspräsidenten

Berlin, 24. Nov. Reichstagspräsident Göring empfing Vertreter der in- und ausländischen Presse, um als Beauftragter Adolf Hitlers den Standpunkt der nationalsozialistischen Führung zu der jetzt gegebenen Situation darzulegen. Göring wandte sich dagegen, daß Adolf Hitler nicht der volle und freie Auftrag zur Bildung eines Mehrheitskabinetts gegeben worden sei. Dem Führer sei die Vollmacht verweigert worden, die bisher bei jeder anderen Kabinettsbildung erteilt worden sei. Außerdem habe der Reichspräsident gegenüber Adolf Hitler durchblicken lassen, daß das persönliche Vertrauensverhältnis nicht gegeben sei. Bei dem Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler sei die Tür noch nicht vollkommen zugeschlagen. Jedes andere Kabinett aber werde von der NSDAP ebenso scharf bekämpft werden wie das Kabinett Papen.

Die Parteien zur Lage

Die Bayerische Volkspartei über den Ausgang der Verhandlungen mit Hitler

München, 24. November. Ueber den heutigen Ausgang der Verhandlungen zur Überwindung der Regierungskrise schreibt die Bayerische Volksparteikorrespondenz, die Bayerische Volkspartei wäre bereit gewesen, selbst die schwersten Opfer als Partei zu bringen, um dem Gedanken einer nationalen Konzentration zum Siege zu verhelfen. Wenn sich der Reichspräsident hätte entschließen können, Hitler als seinen Vertrauensmann mit der Führung eines Kabinetts zu betrauen, das eine arbeitsfähige Mehrheit hinter sich gesammelt hätte, so wäre eine solche Lösung sicherlich nicht an der Bayerischen Volkspartei gescheitert, obwohl Hitler niemals zu einem Mann des Vertrauens der Bayerischen Volkspartei werden könne. Die Bayerische Volkspartei hätte Hitler unter bestimmten Voraussetzungen nicht die Möglichkeit genommen, zu zeigen, ob er gewillt oder fähig sei, eine dem Vaterland und allen Ständen gleich erspriechliche Politik zu machen. Mehr als eine bemessene Bewährungszeit hätte allerdings ein von Hitler geführtes Kabinett nicht beanspruchen können.

Die Deutsche Volkspartei zur Lage

Berlin, 24. November. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei nahm in seiner heutigen Sitzung den Bericht des Parteiführers Abg. Dingeldey über die Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten und verschiedenen politischen Persönlichkeiten entgegen und hat dann zur politischen Lage folgendes beschlossen:

Die Deutsche Volkspartei war und ist angesichts der ernsten Lage des Vaterlandes bereit, mit allem Ernst und ohne parteipolitische Engherzigkeit für eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen nationalen Kräfte zu wirken. Sie dankt dem Herrn Reichspräsidenten dafür, daß er im gleichen Sinne seine Bemühungen bis zur äußersten Grenze eingesetzt hat. Die Deutsche Volkspartei verurteilt die Ablehnung des nationalsozialistischen Führers umso mehr, als er auch nicht den geringsten Versuch einer sachlichen politischen Verständigung mit anderen Parteiführern gemacht hat. Die Deutsche Volkspartei wird dem Herrn Reichspräsidenten in treuer Verbundenheit bei seinen weiteren Entscheidungen folgen.

Rundgebung des Deutschen Nationalvereins

Berlin, 25. November. Der Deutsche Nationalverein veranstaltete am gestrigen Donnerstagabend eine Rundgebung in den Räumen des Hauses der deutschen Presse, bei der der Vorsitzende Eberhard Wildermuth in temperamentsvollen und geistig vertieften Ausführungen die Notwendigkeit einer Zusammenfassung des deutschen Bürgertums als des schöpferischen Elements im deutschen Volkstum entwickelte. Anschließend gab Dr. Karl Cremer ein Bild der Finanzlage des Reiches und der weit zurückliegenden Ursachen für ihre ungünstige Gestaltung und bezeichnete es als eine Hauptaufgabe der künftigen Politik, diese Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und Verständnis für die Finanzgebarung und die Wirtschaftspolitik zu wecken. Die stark besuchte Versammlung, in der man namhafte Vertreter aus allen Lagern der Mitte sah, endete mit einem gefälligen Beisammensein.

Empfang der Parteiführer bei Hindenburg

Berlin, 24. Nov. Die Parteiführer, die am Donnerstagabend von Hindenburg empfangen werden, sind die Abgeordneten Kaas, Hugenberg, Schäffer und Dingeldey. Der Empfang dient der Unterrichtung über den Ausgang der Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler und der Besprechung der jetzt notwendig werdenden Schritte des Reichspräsidenten.

Berlin, 24. Nov. Der Herr Reichspräsident empfing am Donnerstag den Führer des Zentrums, Prälat Kaas, zu einer Aussprache über die Frage der Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag; die Besprechung wird am Freitag nachmittag fortgesetzt werden.

Der Empfang des Prälaten Kaas beim Reichspräsidenten Was wird weiter?

Berlin, 24. November. Der wichtigste der Parteiführerempfang des heutigen Abends war naturgemäß die Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und dem Prälaten Kaas als dem Führer der nach den Nationalsozialisten größten Reichstagsfraktion, die für die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung in erster Linie in Frage kommt. Es ist deshalb auch anzunehmen, daß der Reichspräsident den Prälaten Kaas gefragt hat, ob er noch irgend welche Möglichkeiten zu einer solchen Mehrheitsbildung sehe. Daß Prälat Kaas diese Frage nicht absolut verneint hat, geht schon daraus hervor, daß er morgen nachmittag erneut vom Reichspräsidenten empfangen werden wird. Inzwischen dürfte er sich mit seinen Parteifreunden und auch mit den Mitgliedern in Frage kommenden Parteiführern in Verbindung setzen, um festzustellen, ob vielleicht von der Seite des Zentrums her noch eine Mehrheitsbildung möglich ist. Auch in führenden Kreisen des Zentrums wird bedauert, daß Adolf Hitler über den formalen die sachlichen Möglichkeiten der Mehrheitsbildung nicht ausgehört hat; diese Aufgabe fällt nun dem Prälaten Kaas zu. Nachdem der Standpunkt Hitlers jetzt genau bekannt ist und die politische Situation durch den Ausgang der Verhandlungen mit ihm ohnehin wieder eine Verschärfung erfahren hat, werden die Aussichten einer Mehrheitsbildung unter führender Mitwirkung des Zentrums in politischen Kreisen

natürlich keineswegs sehr hoffnungsvoll beurteilt. Um so mehr zeigt der Empfang des Prälaten Kaas, wie ernst der Reichspräsident bemüht ist, auch die letzten Möglichkeiten einer parlamentarischen Lösung durchzuprüfen.

Die Frage, was werden wird, wenn diese Bemühungen negativ ausgehen, ist vorläufig nur Kombinationsstoff. In politischen Kreisen rechnet man für diesen Fall in erster Linie mit der Wiedergeburt eines umgebildeten Kabinetts unter Führung des bisherigen Reichsführers. Man kann aber nur die Entscheidung des Reichspräsidenten abwarten, die voraussichtlich noch für Ende der Woche zu erwarten ist.

Um die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz

Genf, 24. Nov. Ueber die Abrüstungsfrage, die anlässlich der Ratstagung inoffiziell zwischen den Vertretern der Großmächte erörtert worden ist, sind vorläufig keine weiteren Besprechungen vorgesehen. Der deutsche Außenminister hat in seinen bisherigen Unterredungen mit den Vertretern Englands, Amerikas und Italiens für den Wunsch dieser Mächte, Deutschlands Rückkehr zur Abrüstungskonferenz zu erleichtern, volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen gezeigt.

Die positive Haltung Deutschlands gegenüber der Konferenz kommt darin zum Ausdruck, daß Deutschland die Vorschläge der Simonischen Rede — bei aller Kritik im einzelnen — als eine brauchbare Diskussionsgrundlage über die Gleichberechtigung anerkennt. Gleichzeitig muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß es bisher nicht gelungen ist, auch Frankreich, auf dessen Haltung es in der ganzen Frage entscheidend ankommt, für den gleichen Standpunkt zu gewinnen.

Die Lage stellt sich im Augenblick so dar, daß Frankreich seinen Plan, der in vorläufig noch ganz vorläufiger Weise die Gleichberechtigung im Rahmen einer allgemeinen Sicherheitsorganisation herbeiführen will, in den Vordergrund stellt und nicht bereit ist, auf dem Boden der Simonischen Vorschläge zu treten. Solange Frankreich bei dieser Haltung bleibt, sind für eine Konferenz der Mächte die letzten Voraussetzungen nicht gegeben, denn eine derartige Konferenz hätte nur dann Zweck und Sinn, wenn sie auf die allein akute und von allen übrigen Großmächten gewünschte Erörterung der Simonischen Vorschläge beschränkt bliebe. Da noch keine Anzeichen für eine Aenderung der französischen Haltung vorliegen, läßt sich ein Zeitpunkt für diese Konferenz nicht absehen.

Roosevelts Standpunkt in der Schuldenfrage

Newport, 24. Nov. Während seiner Rückreise nach Atlanta erklärte Roosevelt im Zuge, die Schuldennationen könnten sich mit der amerikanischen Regierung am zweckmäßigsten und wirksamsten auf diplomatischem Wege in Verbindung setzen. Er sei der Meinung, daß ein einzelner Schuldner jederzeit Gelegenheit haben sollte, seinem Gläubiger Tatsachen und Vorstellungen zu unterbreiten, denen der Gläubiger immer höfliche, wohlwollende und gründliche Erwägung zuteil werden lassen sollte. Er stimmt mit Hoover vollkommen überein, daß es sich bei den Kriegsschulden um Darlehen handelt, die in der Annahme gewählt wurden, daß sie zurückgezahlt werden würden, daß jedes dieser Darlehen isoliert erwogen werden sollte, daß Vereinbarungen, die Zahlungsfähigkeit berücksichtigen sollten, und daß die Schulden mit Reparationen nicht zu tun haben.

Englische und französische Stimmen

London, 24. Nov. Die Morgenblätter zeigen keine Neigung, die Erklärung Hoovers über das Schuldenproblem allzu tragisch zu nehmen. Der allgemeine Eindruck ist, daß der Präsident die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht geschlossen hat; man rechnet sogar mit der Möglichkeit, daß schließlich doch nicht auf der Zahlung der Devisenrate bestanden werden wird. Man erwartet ferner, daß die britische Regierung ohne Verzug in einer ergänzenden Note gewichtige Argumente für Gewährung eines Zahlungsaufschubes anführen wird.

Paris, 24. Nov. Zu der amerikanischen Ablehnung der Moratoriumsgegnung schreibt „Journal“, wenn auch die Entscheidung des Präsidenten Hoover nicht völlig unerwartet gewesen sei, werde sie doch in Europa eine sehr lebhafter Enttäuschung auslösen. Das Vertrauen, das in Lausanne aus der moralischen Gewißheit entsand, daß die Kisten, die sich aus den Regierungen zahlungen ergeben, endlich zu Ende seien, erhalte einen schweren Schlag. Selbstverständlich könne wenigstens für den Augenblick von einer Ratifizierung der Lausanner Abschlüsse nicht mehr die Rede sein. Die Weltwirtschaftskonferenz könne als auf unbestimmte Zeit verschoben angesehen werden.

Die kommunistische Partei veranstaltet Kundgebungen der Erwerbslosen

Die kommunistische Partei hat beschlossen, große Kundgebungen der Erwerbslosen unter der Losung „Rettung vor Hunger und Frost“ einzuleiten. In einem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß in Deutschland acht Millionen Tonnen Roggen geerntet worden seien, während nur fünf Millionen Tonnen verzehrt werden könnten. Ähnlich sei es mit den Kartoffeln und schließlich mit den Kohlen. Von diesen lagerten auf den Feldern zwölf Millionen Tonnen. Infolgedessen beschloß man, die Forderung zu erheben: „Jeder Unterstützungsempfänger erhält jede Woche ein Brot als Zusatzunterstützung. An jeden Haushaltsunterstützungsempfänger werden fünf Zentner Kartoffeln geliefert.“ Es wurde weiter beschlossen, überall Zellen zu bilden, die diese Forderungen im ganzen Reich erheben sollen. „Eine Massenwelle von Kundgebungen muß einziehen“, so erklärte Koenen, „eine Kundgebungsarmee muß der anderen die Tür in die Hand geben, damit die proletarische Freiheit jetzt in Deutschland einzieht!“

In Berlin versuchen die Kommunisten immer wieder, Erwerbslose in leerstehenden Wohnungen einzuquartieren. So gestern früh in Berlin-Neukölln und in Berlin-Pantow. Die Polizei leistete den Hauswirten Hilfe und verhinderte die Einquartierungen gewaltsam. Kommunistische Kundgebungen wiederholten sich in Berlin in größerem Maße.



Kleine Nachrichten aus aller Welt

Doppelraubmörder tot aufgefunden. Der Doppelraubmörder Eitram, der vor ungefähr 14 Tagen in Dortmund-Eisinghausen in einem kleinen Bauernhaus die 32 Jahre alte Angestellte Thiene und die 39jährige Frau des Fördermaschinenlenkers Schmidt durch Revolvererschüsse getötet und aus der Wohnung etwa 300 RM. geraubt hatte, wurde tot aus der Emscher geborgen.

Eisendampfer vor der Ausreise unter russischer Flagge. Nachdem die ersten, von Rußland angekauften Schiffe des Norddeutschen Lloyd bereits unter russischer Flagge die Reise nach ihren Bestimmungsorten angetreten haben, werden weitere Dampfer von Bremen abgefertigt. Es handelt sich um die Dampfer „Anhalt“, „Morla“, „Simo“, „Doo“ und „Pfalz“, die in der Ausrüstung begriffen sind und bald ausreisen werden. Die russischen Besatzungen sind schon an Bord gegangen.

Überfall auf einen polnischen Postwagen. Bei Ozarow in Mittelpolen wurde ein Postwagen von Räubern überfallen. Der Postillon, der Fahrbegleiter und ein Fahrgast wurden getötet. Die Banditen entliefen mit einer Beute von etwa 4200 Zloty.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig
Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul

Letzte Nachrichten

Die SPD. erhält durch Listenverbindung ein weiteres Mandat

Müheim-Ruhr, 24. Nov. In der Sitzung des Kreiswahlausschusses im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West wurde festgestellt, daß der SPD. infolge der Listenverbindung mit Düsseldorf-Ost ein weiteres Reichstagsmandat zufällt. In Düsseldorf-West sind demnach endgültig gewählt 4 Nationalsozialisten, 1 Sozialdemokrat, 4 Kommunisten, 5 Zentrumsabgeordnete und ein Deutschnationaler.

Zwanzig Leichtverletzte bei einem Zugunfall auf dem Leipziger Hauptbahnhof

Leipzig, 24. November. Bei der Einfahrt in den Leipziger Hauptbahnhof fuhr Donnerstagnachmittag der D-Zug Nr. 30 auf eine im Gleis stehende elektrische Lokomotive auf. Die Zuglokomotive entgleiste und neigte sich zur Seite. Zwanzig Personen wurden leicht verletzt, darunter befinden sich acht Personen aus Berlin und seinen Vororten. Der Zugverkehr wurde nur in geringem Maße verzögert. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Besserstellung der Arbeitslosen in den Lohnklassen 7 bis 11 Berlin, 24. November. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, hat der Reichsarbeitsminister

heute an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen Auslegungserlaß gerichtet, durch den sichergestellt wird, daß mit Wirkung vom 28. ds. Ms. ab Arbeitslose der Lohnklassen 7-11 in allen Fällen mindestens die Unterstützung erhalten, die ihnen zustände, wenn sie in der Lohnklasse 6 wären und danach Anspruch auf die Winterzulage hätten.

Großes Grubenunglück in Hindenburg. — Vier Bergleute eingeschlossen

Hindenburg, 24. Nov. Auf dem Desbrück-Schacht ging gestern auf der 400 Meter Sohle eine Strecke von etwa 18 Metern zu Bruch, wobei vier Mann eingeschlossen wurden. Ueber ihr Schicksal ist bisher noch nichts bekannt. Die Rettungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden.

Tiefe Enttäuschung in Frankreich über Amerikas Ablehnung

Paris, 25. November. Die Agentur Havas hielt eine Umfrage in parlamentarischen Kreisen über den Eindruck der ablehnenden Haltung Amerikas in der Schuldenfrage. Als allgemeiner Eindruck wurde tiefgehende Enttäuschung festgestellt.

Wetter für Samstag

Unter dem Einfluß des nordeuropäischen Sturmwirbels ist für Samstag unbeständiges, nässliches Wetter zu erwarten.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die auf Markung Spielberg und Egenhausen belegenen, im Grundbuch von Spielberg Hest 1 Abt. 1 Nr. 1, 2, 4, 6, 8, und Markung Egenhausen, Hest 76 Abt. 1 Nr. 1 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des

Christian Kentschler, Zimmermanns

und seiner Ehefrau Lina geb. Theobald in Spielberg, je häufig eingetragene Grundstücke: Amtliche Schätzung vom 15./19. Nov. 1932

- Geb. No. 66 zweistöck. Wohnhaus, Scheuer, Wagenhof und Hofraum am Dandelsberg 3 a 11 qm 4000 RM.
- Parz. No. 115 Gras- Baum- u. Gemüsegarten 8 a 73 qm 400 RM.
- Parz. No. 117 Acker im unteren Acker 13 a 79 qm 300 RM.
- Parz. No. 887 Acker auf der Höhe 10 a 91 qm 150 RM.
- Parz. No. 434/3 Acker im Bronnenkolben 14 a 14 qm 200 RM.

Markung Egenhausen:

Parz. No. 3073 Wiese im Monhardts-Egart 23 a 59 qm 600 RM.

am Dienstag, den 17. Januar 1933, vorm. 9 Uhr auf dem Rathause in Spielberg versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25./29. Aug. 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden, und wenn der Gläubiger widerspricht glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses, dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Altensteig, den 24. November 1932.

Kommissär:
Bezirksnotar Illn.

Dornstetten.

Lang- und Sägholz-Verkauf.

Die Gemeinde Dornstetten bringt am Montag, 28. Nov. 1932, vormittags 10 Uhr, im Rathaus in Dornstetten zu den Bedingungen des Waldbesitzerbunds zum Verkauf:

209 Fm. Lang- und Sägholz aus Abt. Eselsfeld

384 Fm. Lang- und Sägholz aus Abt. Schenkshofeld

Den bekannten Holzkäufern sind Loszettel zugegangen. Liebhaber sind eingeladen. Gemeinderat Dornstetten.

Schlafdecken

infolge großen Abschlusses meines Verbands
Mk. 1.—, 2.—, 2.50, 2.80, 3.—

Dieh- u. Pferddecken

Mk. 3.50

Ansicht unverbindlich

Reinhold Hayer



Samstag abend
Pflichtabend
im Lokal

Radsfahrer Vere'n Altensteig



Morg. Samstag abend
Monats- versammlung
im Lokal.

Grünen Baum Lichtspiele



Der WEISSE RAUSCH
LENI RIPPENTHAL
MANNY SCHNORRE
HANS LANGENBERG
WALTER BRUN
EVA-SART
50 Minuten
internationaler
Drehfilm
Regie: DR. ARNOLD FANCK
MOD. LTD. N.E. FEDERAL - NGUYEN PAUL DE SSAU

Außerdem

„Stuttgart ruft!“

Der Werbefilm für das Deutsche Turnfest in Stuttgart.

Vorstellungen:

Samstag Abend 8 Uhr 30

Sonntag 3 Uhr, 5 1/2 Uhr, 8 Uhr 30

Stuttgart ruft!

Zu dem Werbefilm werden die Mitglieder mit Angehörigen frdl. eingeladen. Ermäßigte Eintrittspreise (70 Pfennig) gegen Ausweis.
Turnverein Altensteig.

Am wenig Geld ein gutes Buch!

beim Kauf der billigen Volksausgaben,

die in großer Auswahl zu haben sind in der

Buchhandlung Lauf
in Nagold und Altensteig.

Durrweiler — Simmersfeld.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am **Samstag, den 26. November 1932**
nachmittags 2 Uhr in der Neuapostolischen Kirche in Pfalzgrafenweiler stattfindenden

kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen.

Jakob Teufel
Bäcker
Sohn des
Johann Georg Teufel
Landwirt, Durrweiler

und seine Braut
Maria Braun
Tochter des
Johann Adam Braun
Bäcker, Simmersfeld

Berneck.

Samstag

Rehessen

Mit Spätzle, wozu höflichst einladet

Seeger zur „Linde“.

Angora

ersth. Zuchtsamlingen hat zu verkaufen
Angorazucht Schaible
Altensteig-Dorf

Bei Rheumatismus

Schmerzen in den Gliedern, gebraucht man Dr. Buslebs „Rheuma-Gelee“ und trinkt gleichzeitig Dr. Buslebs Rheuma-Tea nach Vorschrift
Löwen-Drogerie Hiller
Marktplatz.

Altensteig

- Winter-Mäntel
- Geschäfts-Mäntel
- Herrn-Anzüge
- Knaben-Anzüge
- Arbeits-Anzüge
- Herrn-Pullover
- Sportsocken
- Arbeitssocken
- Windjacken
- Sportstrümpfe
- Herrnhemden
- Hosenträger
- Kragen und Cravatten

empfiehlt zu äußerst billigen Preisen

Fritz Wizemann.

Leitz Dornier

Leitz-Mappen
Schnellhefter
Locher

empfiehlt die

Buchhandlung Lauf

Altensteig und Nagold.



Auf dem Weg zur Arbeit sind und bleiben der treue Begleiter und Hüter der Gesundheit die millionenfach gegen Husten, Heiserkeit und Katarrh bewährten

Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen

Jetzt Beutel 35 Pfennig
Dose 40 und 75 Pfennig
Zu haben bei: Apotheke, Löwen-Drogerie Oskar Hiller, Schwarzwald-Drogerie Fritz Schlumberger, Christian Burghard jr., Lorenz Luz jr. Inh. Eugen Beck, J. Wurster Nachf. Fr. Eckhard, Egenhausen; Chr. Beilharz Kaltenbachs Nachf., Alfred Kuchler, Pfalzgrafenweiler; Apotheke Carl Rettich und wo Plakate sichtbar.

